



SPRACH REPORT

P 20157 F

4/86

Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache

ZUMSITZBAHJAN A ANALPHABETISMUS ?ZU IIB JRIH – – HIER BEI UNS?

Als vor ein paar Jahren die Rede auf Analphabeten in der Bundesrepublik kam, war man in der öffentlichen Diskussion leicht geneigt, Analphabetismus für ein recht unwahrscheinliches Phänomen zu halten. Bekannt war, daß es in den Ländern der sogenannten Dritten Welt viele Menschen gibt, die über keine Lese- und Schreibkenntnisse verfügten. Selbst in Industrieländern, z. B. in den USA und in Kanada, gab es Anzeichen für eine hohe Zahl von Analphabeten. Aber – Analphabetismus ausgerechnet bei uns?

Inzwischen hat es in der öffentlichen Meinung einige Veränderungen gegeben. Bewirkt wurde dieser Wandel einmal dadurch, daß bei einer Reihe von Erwachsenen, die ihre »Rechtschreibkenntnisse« zu verbessern suchten, elementare Voraussetzungen für das Lesen und Schreiben fehlten. Bei den von Einrichtungen der Erwachsenenbildung angebotenen Kursen im Bereich »Deutsch für Deutsche« kamen diese Teilnehmer, wie es im Schuljargon heißt, einfach nicht mit. Die Zahl derer, die inzwischen Elementares nachholen, ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Nach einer Erhebung des Deutschen Volkshochschulverbandes aus dem Jahre 1985 besuchten 6000 Erwachsene Lese- und Schreibkurse »von Anfang an«.

Zu vermuten ist, daß die Zahl der Betroffenen erheblich höher liegt. Nach der niedrigsten Schätzung des Hamburger UNESCO-Institutes beläuft sich die Zahl der Analphabeten in der Bundesrepublik auf etwa 600000 Erwachsene. Statistiken oder Schätzungen sind in diesem Bereich allerdings schwierig. Wer gibt schon öffentlich zu, daß er kaum lesen und schreiben kann?

Wer ist eigentlich ein Analphabet?

Aber selbst dann, wenn Zahlen genannt werden, wird gleich gefragt, wie Analphabetismus denn definiert sei. Zu Zeiten Wilhelms II. galt noch der als Alphabet, der seine Unterschrift auf eine Urkunde setzen konnte. Erst die sprichwörtlichen drei Kreuze gaben den Analphabeten zu erkennen. Und davon gab es kaum welche, folglich hat man das Problem schon vor dem

zu Land verschieden. Es gibt außerdem noch eine Reihe historischer Veränderungen und Ungleichzeitigkeiten.

In der Bundesrepublik ist die letzte zu beobachtende Veränderung des Standards eingetreten, als die Zahl der Arbeitslosen anstieg. Bei Einstellungen wird wieder mehr gefordert. Selbst in der Werbung für den Rechtschreibduden kommt diese Tendenz zum Ausdruck: Richtiges Schreiben ist wieder gefragt, heißt es da.

Die Definition allein ist es aber nicht, welche eine unvoreingenommene Diskussion über Analphabetismus in der Bundesrepublik verhindert. Die Betroffenen selbst bilden keine Gruppe, die auf ihre Probleme aufmerksam macht. Schließlich gilt es hierzulande als selbstverständlich, daß man lesen und schreiben kann. Wer diese Kulturtechniken nicht beherrscht und sich öffentlich dazu bekennt, der gilt entweder als faul und als dumm, oder er gehört gar zu der neuen Spezies einer Null-Bock-Generation – was auch immer das sein mag. Daran ist zu erkennen,



Ersten Weltkrieg in Deutschland ad acta gelegt. Bei den heutigen Definitionsversuchen werden die Mindestkenntnisse zweifellos etwas höher angesetzt. Die UNESCO-Veröffentlichungen sprechen daher auch von funktionalem Analphabetismus, was besagt, daß Lese- und Schreibkenntnisse an gesellschaftlichen Standards gemessen werden. Wie ein solcher Standard aussieht, ist aber nicht nur von Land



Illustration: Otto Strecker

wie hoch der soziale Status des richtigen Schreibens, aber auch des Schreibens überhaupt immer noch ist. Alphabeten, so haben mehrere Untersuchungen ergeben, sind dabei in die Defensive gedrängt. Sie können an bestimmten Formen des öffentlichen Lebens nicht partizipieren, bauen Ängste gegenüber ihren Mitmenschen, aber auch gegenüber ihrem eigenen Verhalten auf und schätzen ihre Fähigkeiten generell als gering ein.

Angst

Ich war im ersten Kursus bei der Schülerzeitung gewesen, da war ganz schön was los gewesen.

Da konnte ich nach kurzer Zeit meine eigenen Wörter nicht mehr lesen, die Angst war größer als das Rechtschreiben gewesen, ich kann nämlich ein wenig lesen.

Neulich habe ich Kopfschmerzen gehabt, da wäre ich beim Schreiben beinahe zusammengeklappt. Die Angst und der Schreck sitzen in mir, daß ich die Fortsetzung verliere, denn da kommt zuviel auf einmal zu mir.

Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus: Geschichten aus Hamburg, hrsg. vom Deutschen Volkshochschul-Verband, Bonn 2. Aufl. 1985

Wie kommt es nun, so fragen nicht nur die Zweifler, daß es Alphabeten in der Bundesrepublik gibt? Die ersten Vermutungen gingen dahin zu glauben, es handele sich um Menschen der Kriegs- oder Nachkriegsgeneration, die häufig keine Möglichkeit hatten, eine Schule zu besuchen. Das würde allerdings bedeuten, daß die Kursteilnehmer heute im Alter von 50 oder 60 Jahren sind. Diese Altersgruppe ist jedoch nur gering vertreten. Oft haben Teilnehmer die Schule gerade erst verlassen, oder der Schulbesuch liegt einige Jahre zurück.

Alltagsbewältigung

Welchen Schwierigkeiten begegnen Menschen, die nicht lesen und schreiben können? Da ist zunächst einmal die Angst zu versagen, aufzufallen und diskriminiert zu werden.

Mir bricht der Angstschweiß aus, wenn ich Papier und Füller sehe. Mein Herz klopft vor Aufregung, wenn mir jemand beim Schreiben über die Schulter sieht. Es ist ein bedrückendes Gefühl, Gedanken nicht niederschreiben zu können, weil sie mit Fehlern nur so gespickt sind, oder alles, was mit Schreiben zu tun hat, umgehen zu müssen.

Diese Äußerung stammt von einem Teilnehmer, der jetzt in einem Kurs lesen und schreiben lernt. Eine solche Erfahrung ist, zumal von professionellen Lesern und Schreibern, schwer nachzuvollziehen. Versuchen Sie es dennoch einmal bei der Lektüre des kleinen Spiegelschrifttextes. Wenn Ihnen der Abschnitt gleich auf Anhieb verständlich war, so überlegen Sie bitte einmal, wieviel Zeit Sie fürs Üben der Technik des Spiegelschriftlesens verwendet haben. Gehören Sie dagegen zu der zweifellos größeren Gruppe von Lesern, die den Text nur mit einer gewissen Mühe bewältigt haben, so fragen Sie sich einmal, woran es eigentlich gelegen hat. Die Buchstaben kennen Sie doch, im Prinzip. Die Richtung des Lesens – gewiß, sie ist ungewöhnlich. Aber die kleine Umstellung, daß Sie von rechts nach links lesen müssen statt von links nach rechts, kann es doch nicht gewesen sein. Sie haben den Sinn der Wörter nicht so schnell erfassen können, zumindest bei einigen längeren? Die Buchstaben sahen sich zuweilen zu ähnlich? Sie sehen schon, die Fragen häufen sich.

Alphabetisierung: nicht nur A-B-C

Das Beispiel vermag nur ein Licht zu werfen auf die Situation von Menschen, die nicht lesen und schreiben können. Zugleich wird vielleicht auch ein wenig deutlich, was Alphabetisierung, die Vermittlung des Lesens und Schreibens, umfaßt. Denn: Sie können die Situation, einen Spiegelschrifttext zu lesen, als ein Spiel auffassen. Das können Alphabeten nicht. Sie können wählen, ob Sie Interesse an diesem Spiel finden oder nicht. Sie verbinden mit diesem Spiel auch keine negativen Lernerfahrungen aus Kindheit und Jugend, Erfahrungen des Scheiterns und Versagens. Für Sie ist es auch nicht von Bedeutung, ob Sie das Spiel morgen noch beherrschen oder nicht. Niemand verlangt von Ihnen, daß Sie auf einem Postamt, in einer Bank, bei einem Gang ins Rathaus oder an Ihrem Arbeitsplatz plötzlich einen Spiegelschrifttext lesen oder gar schreiben. Auch der Inhalt des Textes kann Ihnen, solange Sie das ganze als Spiel auffassen, relativ gleichgültig sein. Einem Alphabeten stellt sich das schon anders dar. Daher erfordert die Alphabetisierung auch mehr als nur die Vermittlung einer

Technik. Alphabetisierung umfaßt eine Vielzahl von Aufgabenbereichen: Teilnehmeransprache, Anfangsberatung, Erwachsenenbildung, Vermittlung des Lesens und Schreibens, sozialpädagogische Begleitung, Lernberatung.

Die Autoren sind wissenschaftliche Mitarbeiter an der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (e. V.) in Frankfurt/M., die zahlreiche Publikationen, nicht nur für Kursleiter von Alphabetisierungskursen, herausgibt.

Verwertung sprachwissenschaftlicher Forschung

Nimmt man eine heraus, nämlich die Vermittlung des Lesens und Schreibens – ohne sie als die zentrale Aufgabe zu betrachten –, so ist festzustellen, daß auf der Grundlage sprachwissenschaftlicher Forschung und Entwicklung mehrere Ansätze entstanden sind, die ganz verschiedenen Typen von Lernenden ein Angebot zum Einstieg in die Beherrschung des Lesens und Schreibens machen. Hier hat die Sprachwissenschaft einen wichtigen Beitrag leisten können zur Entwicklung einer Didaktik des Lesens und Schreibens für Erwachsene. Gleichzeitig ist das Konzept der Lernberatung weiterentwickelt worden, damit die Vermittlung des Lesens und Schreibens auch dann gelingt, wenn bei den Kursteilnehmern Schwierigkeiten auftreten, die aus den bisherigen, zumeist negativen Lernerfahrungen resultieren.

Elisabeth Fuchs-Brüninghoff
Wolfgang Kreft

Die Autoren sind wissenschaftliche Mitarbeiter an der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (e. V.) in Frankfurt/M., die zahlreiche Publikationen, nicht nur für Kursleiter von Alphabetisierungskursen, herausgibt.

EIN DOLMETSCH MUSS HER FÜRS KAUDERWELSCH DER WISSEN- SCHAFTEN

Die unverständliche Sprache der Experten in Wissenschaft und Technik war schon vor Tschernobyl, das mancherorts als Mediendesaster und Kommunikations-GAU bezeichnet wurde, ein Dauerthema der öffentlichen Kritik. Die Sprachlosigkeit der Wissenschaft – eines der größten Probleme unserer Zeit, so wurde erst wieder auf der 114. Versammlung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte in München gesagt (Süddt. Ztg. 18. 9. 1986, S. 42). Davon abgesehen, daß des Pudels Kern im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit bzw. Politik zu suchen sein dürfte, handelt es sich auch um ein sprachliches Problem.

Auf der genannten Fachtagung betonte der Politikwissenschaftler Ralf Dahrendorf die »wichtige Rolle eines Vermittlers, eines Dolmetschers ... der die Sprachlosigkeit der Wissenschaft auch für die Öffentlichkeit überwinden (können)«. Die Forderung nach einer speziellen Ausbildung von »Wissenschaftsdolmetschern« und »Kommunikationsingenieuren«, damit die »babyonische Sprachverwirrung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit überwunden werden könnte«, war allerdings schon Anfang 1985 von Ulrich Lohmar in der ZEIT erhoben worden (8. 2. 1985, S. 60).

Wie funktioniert Verständlichkeit?

Was wären denn die sprachlichen Fähigkeiten solcher Dolmetscher? Was tut jemand, der einen komplizierten wissenschaftlichen Zusammenhang verständlich macht? Welche sprachlichen Mittel werden da eingesetzt? Gibt es überhaupt eine lehr- und lernbare Technik, ein Know-how auf diesem Gebiet?

Ins Nähkästchen geschaut ...

Der Astrophysiker Rudolf Kippenhahn wurde für seine Bemühungen um verständliche Darstellung von der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte mit der Lorenz-Oken-Medaille ausgezeichnet. Aus diesem Anlaß druckt die ZEIT am 19. 9. 1986 (S. 16) einen wohl als vorbildlich eingestuft

Artikel Kippenhahns ab. Unter dem Titel »*Strahlende Sonnen*« wird über die Neutrino-Strahlung der Sonne und über Experimente zur Erforschung dieser Elementarteilchen berichtet: fesselnd geschrieben, behutsam im Umgang mit Fachausdrücken – als Leser hat man den Eindruck, alles ganz leicht zu verstehen.

Unter die – sprachwissenschaftliche – Lupe genommen läßt der Artikel erkennen, was für verständliche Wissenschaftssprache gehalten wird, und welche Schwierigkeiten sich aus dieser Auffassung von Verständlichkeit selbst wieder ergeben.

Nicht so trocken!

Die Hauptmaxime Kippenhahns muß etwa gelautes haben: »*Mach's lebendig und anschaulich! Bloß nicht so trocken!*« – In der Tat: Farbige, kraftvolle, emotionsgeladene Wörter tragen zur Verständlichkeit eines Textes viel bei. Allerdings widerspricht dies dem – im 19. Jahrhundert noch als Errungenschaft gepriesenen! – Ideal wissenschaftlicher Sachlichkeit und wertneutraler Objektivität. Neutral und unpersönlich formulierte, »trockene« Themen müssen daher in journalistischer Aufbereitung erst, mehr oder weniger künstlich, mit Gefühlsausdrücken aufgeladen werden. Genau dies tut Kippenhahn, wenn er die Astrophysiker in seinem Artikel zwischen Zuständen der Hoffnung, der Furcht und des Glücks hin- und hertreiben läßt.

Das Ergebnis ist beunruhigend. Die Ausbeute an Argon-Atomen war viermal geringer, als unsere Vorstellungen von der Sonne hätten erwarten lassen. ... Vielleicht ist alles gar nicht so schlimm. ... Die Astrophysiker würden aufatmen, denn für sie wäre die Welt dann wieder einigermaßen in Ordnung.

Ob die wissenschaftliche Alltagsarbeit von Astrophysikern wirklich so viel Ähnlichkeit mit einer Romanhandlung (oder Hollywood-Krimis) hat? (Aus sprachwissenschaftlicher Arbeit ist dergleichen jedenfalls nicht bekannt.) Wenn Lebendigkeit wissenschaftlichen Texten erst nachträglich aufgesetzt wird, dann ist das sicher nicht grundsätzlich abzulehnen. Aber muß eine Dramatisierung nicht dort ihre Grenzen haben, wo die Leser beginnen, sich eine beliebige Klinik im Schwarzwald vorzustellen wie die »Schwarzwaldklinik«?

Die Sache mit der Anschaulichkeit

Vor 100 Jahren hatten die Menschen Probleme mit der Abstraktheit der Elektrizität. Von »elektrischem Strom« zu sprechen, war ein metaphorischer

Behelf, mit dem man sich Elektrizität so ähnlich wie Wasser vorzustellen suchte. Und trotz Kopernikus sagen wir immer noch »*die Sonne geht unter*«, weil das, was er beschrieb, nur zu berechnen ist. Ptolemäus dagegen beschrieb, was wir sehen können.

Die Sprache »hängt« an den Grenzen, die den Sinneswahrnehmungen des Menschen (biologisch) gezogen sind. Wir nehmen Welt nur durch ein schmales optisches und akustisches Fenster wahr und haben auch nur für solche Phänomene sprachliche Mittel entwickelt, die ohne Instrumente wie Teleskop oder Mikroskop »anschaulich« sind. Wir haben Worte für Farben und Wärmegrade, aber für alle anderen Bereiche des elektromagnetischen Wellenspektrums rechts und links des sicht- und fühlbaren Bereichs müssen unanschauliche »Fremd«-Wörter zur Bezeichnung gefunden werden.

But the fool on the hill
sees the earth spinning 'round ...
... sangen die Beatles

Statt zu fremden Wörtern kann man auch zu Bildern und Vergleichen greifen, die die fremden Dinge vertraut erscheinen lassen. Den wissenschaftlichen Anspruch der Genauigkeit erfüllt man damit allerdings kaum. Je einfacher das Bild, desto größer die Gefahr der sachlichen Unrichtigkeit. Vielleicht schlimmer noch: Der bildliche Vergleich bietet dem Leser eine Sichtweise auf den Gegenstand an, von der er sich mangels Alternativen nicht einmal distanzieren kann.

In Kippenhahns Darstellung erscheinen Neutrinos als Lebewesen: Sie fliegen von der Sonne zur Erde, sie sehen etwas, können durch die Erde hindurchsehen und verschlucken andere Atomteilchen. – Werden sie demnächst goldene Flügelchen und Kulleraugen haben, nach der Mahlzeit gar ein Bäuerchen machen, alles nur, damit der Leser sich wohlwollend für ihre Erforschung interessiert? Die Übertreibung soll zeigen: Einen abstrakten Zusammenhang anschaulich machen bedeutet immer, ihn in einer bewertenden Perspektive zu zeigen.

Der Ruf nach Beispielen

Der Beitrag, den Beispiele zur Verständlichkeit eines Textes leisten, besteht darin, daß mit ihnen eine Verknüpfung zu Lebenswelt und Alltagserfahrungen des Lesers hergestellt wird. Die mögliche Betroffenheit durch ein Thema weckt unser Interesse und vergrößert unsere Aufgeschlossenheit

gegenüber neuen Informationen. Aus der Perspektive eines Wissenschaftlers ist die Verbindung zur Alltagswelt seiner Leser fast immer zweitrangig. Das heißt, solche Verknüpfungen werden für popularisierende Darstellungen erst gesucht und dem wissenschaftlichen Zusammenhang dann hinzugefügt. Wie geschieht dies?

Im Rahmen eines Experiments zur Erforschung der Neutrinos wird eine bestimmte chemische Substanz eingesetzt, nämlich Perchloräthylen, dieselbe Substanz, die auch in chemischen Reinigungen verwendet wird. Kippenhahn stellt diese Verbindung ausdrücklicher her, fährt anschließend fort, das Experiment zu beschreiben, indem er anstelle des Wortes *Perchloräthylen* den Ausdruck *dieses Reinigungsmittel* verwendet. Dabei ist der Aspekt des »Reinigens« abwegig, wenn nicht gar falsch in bezug auf die Neutrinos. Aber dem Autor gelingt auf diese Weise der dezente Hinweis: Seine Forschung ist billig, denn sie setzt einen nicht sonderlich teuren, industriell in größeren Mengen produzierten Stoff ein.

An einer anderen Stelle des Artikels bezieht sich die Verknüpfung mit der Leserwelt ebenfalls auf den Aufwand und die Kosten wissenschaftlicher Forschung. Für eine weitere, ebenfalls experimentell benötigte Substanz wären 30 Mio. DM auszugeben. Sehr hohe Zahlen sind immer unanschaulich. Aber Steuerzahler fühlen sich von öffentlichen Ausgaben sehr betroffen und so wirbt der Astrophysiker mit folgenden Worten um Verständnis:

Dreißig Tonnen Gallium und alles, was dazu gehört, kosten übrigens wesentlich weniger als ein Kampfflugzeug vom Typ Tornado.

Man sieht hier sehr deutlich, was hinter den Bemühungen von Wissenschaftlern, verständlicher und populärer zu sein, auch an Eigeninteresse stehen kann. Die Laien-Öffentlichkeit stellt letztlich das Geld zur Verfügung, ohne das wissenschaftliche Forschung (auch in den chemie-freien Geisteswissenschaften!) nicht möglich ist. Die Appelle zu verständlicherer Darstellung aus den Reihen der Wissenschaftler selbst können sicher als Ausdruck des Wunsches nach Anerkennung von der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und als Werbung um (finanzielle) Unterstützung »verdolmetscht« werden.

Aber hatten wir denn anderes erwartet, eine Handvoll »Übersetzungs«-tricks? Der Artikel R. Kippenhahns zeigt, daß es eine neutrale sprachliche Technik der Verständlichkeit nicht gibt. Die Medaille zeichnete also eher die Fähigkeit aus, (teure) Grundlagen-

forschung werbewirksam an den Mann (und die Frau) zu bringen.

Diese skeptische Schlußfolgerung liegt nahe, doch sie tut dem Autor im Grunde unrecht. Seine Bemühungen um Wissenschaftsvermittlung zeigen, wie hoch seine Meinung vom nicht-fachlich gebildeten Leser ist und wie sehr man sich sprachlich auf seine Adressaten zubewegen kann, wenn man es will. Diese Haltung ist es wohl, die immer wichtiger sein wird als alle Techniken verständlicher »Schreibe«.

Ulrike Haß

AKTION: SPRACHKULTUR IM WAHLKAMPF

Der SPRACHREPORT hat Großes vor. Er will den bevorstehenden Bundestagswahlkampf sprachkritisch begleiten, d. h. er will die sprachlichen Äußerungen der Wahlkämpfer unter dem Gesichtspunkt der Beachtung kommunikationsethischer Prinzipien kritisch verfolgen.

Der SPRACHREPORT kann das natürlich nicht allein und will das auch gar nicht, weil er sich keine Schiedsrichterrolle anmaßen will. Der SPRACHREPORT zählt bei diesem Unternehmen ganz auf Sie und Ihre kritische Kompetenz: Bitte schreiben Sie uns, wenn Ihnen im Bundestagswahlkampf 1987 Formulierungen auffallen, die Ihrer Meinung nach mit den Prinzipien der Fairneß nicht vereinbar sind oder aber – warum nicht? – in besonderer Weise und vorbildlich diesen Prinzipien gerecht werden.

Hier unsere Anschrift:

**Redaktion SPRACHREPORT
– Aktion Sprachkultur im Wahlkampf –
Institut für deutsche Sprache
Postfach 5409
6800 Mannheim 1**

S PRACHLICHE BUMERANGE – ALLES PLASTIK

Am 15. Januar 1838 schrieb der preußische Minister Rochow von Rochow in einem Erlaß: »Es ziemt dem Untertanen nicht, die Handlungen des Staatsoberhauptes an den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen und sich in dünnkelhaftem Übermut ein öffentliches Urteil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumaßen.« Er bezog sich mit seiner Äußerung auf eine Beifallsadresse Elbinger Bürger an ihren Landsmann Professor Albrecht, einen der vom König entlassenen »Göttinger Sieben«. Die Rede von der »beschränkten Einsicht« der Untertanen erwies sich als sprachlicher Bumerang, zudem als einer ganz besonderer Art, weil er nämlich durch eine geschickte Manipulation der liberalen Gegner auf dem Rückflug ein Vielfaches der Energie gewann, die er beim Abwurf besessen hatte. Die Umformulierung zum »beschränkten Untertanenverstand« tat dem Urheber von Rochow subjektiv zweifellos unrecht, hatte aber die historische Wahrheit für sich und konnte so eine langlebige Wirkung entfalten. Noch heute ist das Schlagwort jederzeit kurzfristig wiederbelebbar.

Bumerange dieses Kalibers sind selten; kleinere jedoch sind häufig beobachtbar. In der Bundesrepublik nach 1945 kann man z. B. an Adenauer denken, der glaubte, »nicht so pingelig sein« zu müssen, oder an Höcherl, der es zu unbequem fand, ständig »mit dem Grundgesetz unter dem Arm« herumzulaufen und sich, die grundgesetzlichen Regelungen entbehrend, »etwas außerhalb der Legalität« bewegte. Beiden flogen ihre sprachlichen Kreationen bald um die eigenen Ohren. In den siebziger Jahren erwies sich die Entdeckung der »Neuen sozialen Frage« durch die CDU als Bumerang, da der gar nicht so begriffsstutzige Bürger besagte Frage irrtümlich als ein Anliegen der SPD ausmachen zu können glaubte. Es gibt auch Bumerange, die ihrerseits zurückgeworfen werden können, in wiederholtem Hin und Her allmählich ihre Kraft verlieren und irgendwann schlapp zu Boden trudeln. Einem solchen Schicksal geht, so denke ich, es wird jedenfalls Zeit, der Vorwurf, ein »Sicherheitsrisiko« zu sein, entgegen – womit ich schon ganz nahe am gegenwärtigen Anlaß der historischen Reminiszenz bin.

VERLAUTBARUNGS- JOURNALISMUS

Wolfgang Teubert vom SPRACH-REPORT sprach mit Reinhard Spilker, freier Journalist in Bonn, über die Rolle sprachlicher Aspekte der journalistischen Arbeit.

WT: Herr Spilker, für einen Außenstehenden besteht die Arbeit des Journalisten im Idealfall darin, Nachrichten zu sammeln, deren Relevanz und Wahrheitsgehalt zu überprüfen und Gegenmeinungen zu ermitteln. Das Ergebnis dieser Arbeit ist dann der Zeitungsartikel oder der Radiobeitrag. Stimmt diese Ansicht heute noch?

RS: Den Journalisten schlechthin gibt es natürlich nicht. Ihr Bild stimmt vielleicht für einen Kollegen, der hier für eine Nachrichtenagentur arbeitet. Es gibt aber auch immer mehr den »sekundären« Journalismus, der sich weitgehend darauf beschränkt, Informationen, die er in seinem Pressefach vorfindet, schlicht an die Öffentlichkeit weiterzutransportieren. Unter den in Tageszeitungen herrschenden Arbeitszwängen hat ein Journalist immer weniger Zeit, sich kritisch mit einer vorgefertigten Presseerklärung auseinanderzusetzen.

WT: Der Journalist braucht heute Nachrichten nicht mehr hinterherzulaufen; sie werden ihm ins Haus getragen, so daß er gelegentlich in der Informationsflut ertrinkt. Hat sich deshalb seine Arbeitsweise geändert?

RS: Der Umfang der vorformulierten Meldungen und Nachrichten hat mit dem Ausbau von Public-Relations-Abteilungen in Interessenverbänden und Referaten für Öffentlichkeitsarbeit in Regierungsstellen ständig zugenommen. Es gibt eine Untersuchung über die Arbeit von Journalisten in der Landespressekonferenz Düsseldorf, in der über einen längeren Zeitraum hinweg der Anteil von originärer, also primärer journalistischer Arbeit im Verhältnis zu sekundärer Arbeit ermittelt worden ist. Das Verhältnis war erschreckend ungünstig für den originären journalistischen Bericht, etwa 15% zu 85%. Aber große Redaktionen leisten sich auch heute Spezialisten für bestimmte Themen, und solche Sachkenner auf bestimmten Gebieten haben die Freiheit, selber zu recherchieren und dann das Ergebnis zu einem geeigneten Zeitpunkt zu veröffentlichen.

WT: Könnte man also sagen, es gibt heutzutage zweierlei Journalismen? Um mit Schlagwörtern zu operieren: einen Enthüllungs- und einen Verlautbarungsjournalismus?

RS: Enthüllungsjournalismus hat einen negativen Beigeschmack. Engländer nennen das *investigative journalism*, also recherchierenden Journalismus. Er muß nicht immer skandalträchtig sein; er versucht jedenfalls, den Dingen auf die Spur zu kommen. Manchen Kritikern ist er suspekt, weil er mehr Probleme schafft als ein Journalismus, der sich auf das Weitergeben vorformulierter Meldungen beschränkt.

WT: Haben Journalisten bei dem Druck, unter dem sie arbeiten, noch Zeit, sich über suggestive Sprachneuschöpfungen und Denkschablonen Gedanken zu machen?

RS: In der Regel nicht. Wenn die CDU mit einer Erklärung auf den Markt kommt, dann frage ich vielleicht bei der SPD nach, was die dazu zu sagen hat, und wenn ich viel Zeit habe, auch noch bei den Grünen oder bei der FDP. Dann kann ich dem Leser statt einer Denkschablone mehrere anbieten. Aber es bleibt immer noch Verlautbarungsjournalismus.

WT: Denken die Journalisten kritisch über ihre Arbeit und ihre Arbeitsmöglichkeiten nach?

Die Aufgabe des Journalisten ist, die Macht der drei Gewalten zu kontrollieren

RS: Die meisten Journalisten sind sich durchaus klar darüber, was ein gutes Stück journalistischer Arbeit an Aufwand erfordert. Und sie sind sich auch darüber im klaren, daß ihre Arbeitsbedingungen das nicht hergeben. Die Journalisten jeglicher Richtung verstehen sich traditionell als vierte Macht. Ihre Aufgabe ist, die Macht der drei Gewalten zu kontrollieren. Aber es gibt Kräfte, die gegen dieses Selbstverständnis kämpfen, beispielsweise die Interessengruppen, die die öffentlich-rechtlichen Medien am liebsten abschaffen würden.

WT: Sie glauben also nicht, daß die privaten Medien dem kritischen Journalismus neue Möglichkeiten eröffnen?

Am 14. Mai las ich in meiner Tageszeitung auf der ersten Seite die Schlagzeile »Koalition verzichtet auf Sicherheitsgesetze« und stutzte spontan verwundert – nicht so sehr über den Verzicht, sondern darüber, daß der Verzicht so frank und frei ohne eine Spur von Verlegenheit bekanntgegeben wurde. Zwar verrät der folgende Text, daß vorerst nur der Verzicht auf die Verabschiedung in dieser Legislaturperiode beschlossen wurde; es wird aber deutlich, daß auch die »endgültige Aufgabe« wahrscheinlich ist. – Wie kann eine Regierung, die der Öffentlichkeit ein Paket gesetzlicher Regelungen als »Sicherheitsgesetze« präsentiert hat, damit behauptend, daß sie für meine, unsere Sicherheit erforderlich sind, anschließend auf die Verabschiedung verzichten? Schlägt das Wort nicht empfindlich als Bumerang zurück? Es tut es nicht! Ein Wort, das als Bumerang wirken soll, muß wie solides Holz ein Minimum an Gewicht haben. »Sicherheit« jedoch segelt seit langem in tausend Kopien nur noch als Plastikattrappe durch die Lüfte und mit ihnen die unzähligen anderen Wörter des täglichen politischen Geredes. Könnte man sie sehen, sie würden den Himmel verdunkeln. Nur gelegentlich fliegt noch ein schöner solider Brocken vorbei, der die Chance hat, dem Urheber als Bumerang verdienstermaßen weh zu tun. Bei all den anderen läuft auch die sprachkritische Aufklärung ins Leere. Wozu den Bürger über etwas aufklären, was er längst als das identifiziert hat, was es ist: Alles Plastik. Man kann sich nur noch bei den Politikern über die Attrappen beschweren, und das hat die gleiche Wirkung wie die Klage über die faden Tomaten: keine.

Walther Dieckmann

Der Autor ist Professor für Deutsche Philologie/Linguistik an der Freien Universität Berlin.

IMPRESSUM

Herausgeber: Institut für deutsche Sprache, Mannheim, Tel.: 0621/4401-1

Redaktion: Ulrike Haß, Bruno Strecker, Wolfgang Teubert

Druck: Beltz Offsetdruck, Hemsbach/Bergstraße – ISSN 0178-664 X

Auflage: 2500

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Jahresabonnement: DM 12,-; Einzelheft: DM 4,-. Bezugsadresse: Institut für deutsche Sprache, Friedrich-Karl-Straße 12, 6800 Mannheim 1

RS: Das öffentlich-rechtliche System hat als einziges Kontrollorgane vorgehen, die sicherstellen, daß umfassend berichtet wird, daß im Hörfunk oder Fernsehen keine Kampagnen zugunsten bestimmter Interessengruppen laufen. Es wäre naiv zu glauben, daß in einem privaten Tendenzbetrieb der Journalist unabhängiger von wirtschaftlichen oder ideologischen Interessen sein könnte.

WT: Mir scheint, daß die Public-Relations-Abteilungen und Agenturen, die für Interessenverbände und Parteien arbeiten, mit der Macht des Wortes wohl vertraut sind. Worte wie *Entsorgungspark* und *Restrisiko* legen nahe, daß die Atomenergie sicher und beherrschbar ist; ein Spruch wie *Sommer, Sonne, Bayern* suggeriert, daß bei einem Wahlsieg der Opposition dieses Bundesland in einen ewigen Winterschlaf versinken würde. Ist den Journalisten klar, daß sie hier Gefahr laufen, ungeprüft einseitig wertende Formulierungen an den Leser weiterzugeben?

RS: Jeder Journalist weiß, daß er von den Nachrichtengebern zu deren Zwecken benutzt werden kann. Wenn er nicht mehr die Zeit hat, Verlautbarungen, die ihm auf den Tisch kommen, daraufhin zu kontrollieren, kann er eigentlich nur noch mit Zynismus weiterarbeiten. Es bleibt ihm dann nichts anderes als zu resignieren, wenn er innerhalb von zwei Stunden weitertransportieren muß, was er als Sprach- und Informationsmaterial bekommen hat.

WT: Wer formuliert nun in diesen Stellen für Öffentlichkeitsarbeit die Verlautbarungen? Wer sorgt für die sprachlichen Formulierungen, die sich dann im Bewußtsein der Öffentlichkeit verankern sollen?

Mißtrauen ist eine berufliche Tugend. Verlautbarungsjournalismus heißt, ohne dieses Mißtrauen zu arbeiten

RS: Um ein Beispiel zu nennen: Als 1978 der vom Forschungsministerium geförderte Schnelle Brüter populär gemacht werden sollte, wurde in den Stab des Projektleiters in Karlsruhe neben Fachleuten, Psychologen, Journalisten und PR-Experten auch ein Theologe berufen. Es ging unter anderem darum, dem Bürger akzeptabel zu machen, daß als Endprodukt bei diesem Reaktortyp hochgiftiges Plutonium anfällt. Dieser geballten sprachlichen Kreativität kann der einzelne Journalist nur wenig entgegensetzen. Das Referat für Öffentlichkeitsarbeit beim Verteidigungsministerium ist ähnlich gut ausgestattet. Hier geht es zur Zeit beispielsweise darum, Projekte, die sich mit biologischen Kampfstoffen be-

schäftigen, als Devisenforschung auszugeben. Soll sich der Journalist nun mit dieser Sprachregelung zufriedengeben? Seine Arbeit ist eigentlich die eines permanenten Sprachkritikers. Mißtrauen ist eine berufliche Tugend. Verlautbarungsjournalismus heißt, ohne dieses Mißtrauen zu arbeiten.

WT: Glücklicherweise gibt es ja noch viele kritische Journalisten. Ihre Beiträge zu verstehen, erfordert indessen, so scheint mir, vom Leser oder Hörer oft mehr gedanklichen Aufwand als kurze, plakative Meldungen, weil sie erklären, argumentieren und abwägen. Erreichen diese Journalisten nicht nur einen kleinen Teil der ohnehin aufklärungswilligen Bürger?

Der Kritische Journalismus wird als vernachlässigbare Größe bereits einkalkuliert

RS: Es scheint die Politik der öffentlichen Anstalten zu sein, Sendungen, die einen kritischen Adressaten voraussetzen, entweder auf den späten Abend zu verlegen oder auf Wellen zu senden, deren Einschaltquoten gering sind. Das hat die fatale Folge, daß dieser kritische Journalismus als zu vernachlässigende Größe bereits einkalkuliert wird. Solche Beiträge, die nur von kleinen Minderheiten zur Kenntnis genommen werden, können sogar als positives Korrektiv für die Formulierung von Sprachregelungen herangezogen werden. Das ist eine Gefahr des Mißbrauchs, der sich der kritische Journalist aussetzt. Andererseits hat ein gründlich recherchierender Journalist heute immer noch sehr gute Arbeitsmöglichkeiten; ihm stehen eine Reihe von Tageszeitungen, Zeitschriften, Magazinsendungen in Rundfunk und Fernsehen offen. Es gibt immer noch eine kritische Öffentlichkeit, die solche Beiträge fordert.

WT: Nun ist es sehr arbeitsaufwendig, Sprachregelungen, Bedeutungsveränderungen und Kreationen neuer Denkschablonen, die Politiker und Interessenverbände durchzusetzen versuchen, zu durchschauen und zu enthüllen. Könnten die Sprachwissenschaftler dem Journalisten dabei behilflich sein?

Eine funktionierende Gegenwehr gegen die Industrie der Meinungsmacher ist so gut wie gar nicht vorhanden

RS: Welche Sprachwissenschaftler? Ich habe bisher keine Hilfe erfahren von Leuten, die es sich zur Aufgabe gemacht hätten, Sprache und Sprachgebrauch gegen den bewußten Mißbrauch zu verteidigen. Eine funktionierende Gegenwehr gegen die Industrie

der Meinungsmacher ist so gut wie nicht vorhanden. Nicht nur Journalisten, sondern auch Politiker und eigentlich alle Bürger müßten sich stärker gegen die PR-Wortfabriken wehren.

Wenn heute Atomstrom als sichere Energie verkauft wird, so suggeriert das Adjektiv *sicher* nicht nur die langfristige Verfügbarkeit, sondern auch die Unbedenklichkeit dieser Energiequelle. Wenn Atomenergie mit Energie schlechthin gleichgesetzt wird, denkt der Bürger, ohne Kernreaktoren würden tatsächlich die Lichter ausgehen und wir alle würden auf das Niveau des Steinzeitmenschen reduziert. Also ist Atomstrom heute schon gleichbedeutend mit Leben. Gegen diese Art kollektiver Gehirnwäsche müssen wir ankämpfen.

Es wäre daher wichtig, eine institutionalisierte Gegenwehr gegen den beschriebenen Mißbrauch von Sprache zu organisieren. Das würde den unabhängigen Journalisten und vielen Parlamentariern Mut für ihre Arbeit machen.

Die ganze demokratische Ordnung ist für die Katz', wenn am Ende die Sprache gefesselt ist

WT: Sie fordern also eine Stelle zur Beobachtung von Sprachmißbrauch?

RS: Ja, aber nicht im Sinne eines irgendwie gearteten Sprachpurismus, sondern als eine Instanz zur Wahrnehmung demokratischer Sprachfreiheit, zur Freihaltung der Sprache von Interessen, die uns sprachlich kolonialisieren wollen. Die ganze demokratische Ordnung ist für die Katz', wenn am Ende die Sprache gefesselt ist. Dann läßt sich auch Erfahrung nicht mehr vermitteln. Was nützt, wäre, im Dialog zwischen Sprachwissenschaftlern, Politikern und Journalisten sich einmal klar zu machen, wie wichtig Sprache einfach ist. Den Journalisten fehlt heute weithin das Bewußtsein dafür, weil sie versäumt haben, über die Bedeutung von Sprache als Machtmittel nachzudenken.

Meinungen sind für den Riesenapparat des gesellschaftlichen Lebens, was Öl für Maschinen; man stellt sich nicht vor eine Turbine und übergießt sie mit Maschinenöl. Man spritzt ein wenig davon in verborgene Nieten und Fugen, die man kennen muß.

Walter Benjamin

WORT-KLUFT OST-WEST?

Erdmöbel

Der Zollstock heißt in der DDR Holzgliedermaßstab; und die Kinder und Jugendlichen, die allwöchentlich ihren obligatorischen Unterrichtstag in der Produktion abzuleisten haben, wo sie in aller Regel mit Hilfsarbeiten betraut werden, sind angehalten, nur diesen Ausdruck zu verwenden. Die Briefkästen in den Neublocken werden Hauspostschließfachanlagen genannt. Der schlichte Sack ist jetzt im anderen Deutschland aufgewertet zum flexiblen transportablen Schüttgutbehälter. Ein Bastelbogen mit Militärfahrzeugen, „für Kinder ab zehn Jahren“, lockt zum Abenteuer NVA (Nationale Volksarmee), und ein schnaubbärtiger Freizeitkämpfer von der „Gesellschaft für Sport und Technik“ – eine paramilitärische Organisation, die auf den Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee vorbereitet – wirbt um Mitarbeit im örtlichen Zivilschutzverteidigungskommando. Eine Ost-Berliner Sargtischlergenossenschaft, offenbar um ihr Ansehen bangend, hat sich in eine „Produktionsgenossenschaft Erdmöbel“ umgetauft. Bei der „Zentralvorstandssitzung“ der Blockpartei, so hieß das offiziell, wurde die ideologisch-schöpferische Arbeit der Ortsgruppenkomitees ausdrücklich mit Lob bedacht. Die Sprachschöpfer, die in der DDR allerorten am Werk sind und fast täglich die Kluft zwischen Ost- und West-Deutsch vertiefen, haben zumindest eine Anerkennung im Fach „unfreiwillige Komik“ verdient. mi

So stand es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9. Sept. 1986, S. 25.

Auf erfundene DDR-Wörter reingefallen

Es ist ja einerseits erfreulich, wenn sich die Presse einmal wieder des Themas der sprachlichen Differenzierung zwischen den beiden deutschen Staaten annimmt. Aber doch – mit Verlaub – nicht so!

Da ist die Rede von der DDR-Sargtischlerei, die sich angeblich *Produktionsgenossenschaft Erdmöbel* nennt. Tatsächlich handelt es sich, wie schon mehrfach in der Presse erwähnt, um eine spöttische Erfindung der (mäßig) satirischen Ost-Berliner Zeitung *Eulenspiegel*, und genau so ist auch der fle-

xible transportable Schüttgutbehälter keine DDR-Bezeichnung für Sack, sondern eine spöttische Pseudodefinition (ein Sack ist ja tatsächlich ein ... siehe oben). *Zivilschutzverteidigungskommando* ist überhaupt kein DDR-Wort, sondern vermutlich eine Erfindung des FAZ-Glossisten »mi«, denn es handelt sich um eine Vermischung aus Westdeutsch *Zivilschutz* und Ostdeutsch *Zivilverteidigung* und Gemeindeutsch *Kommando*. In der DDR heißen Briefkästen auch weiterhin allgemein *Briefkästen*, aber es gibt in großen Neubauwohnblocks Briefkasten-Anlagen mit Dutzenden von Schließfächern – manchmal im Parterre, manchmal auch gesondert installiert, die bei der Post der DDR dann *Hauspostschließfachanlagen* genannt werden. Ich vermute, unsere Bundespost kommt auf ähnliche Einfälle.

Statt *Bundesvorstand*, wie bei uns, sagen die Parteien in der DDR natürlich *Zentralvorstand* – was denn sonst, da die DDR nun mal kein *Bund* ist.

Und wie definiert unser zweibändiger Brockhaus (1984) den angeblich in der DDR so verhunzten *Zollstock*? – *Gliedermaßstab*!

Auch bei uns verändert sich Sprache – laufend. Kümmern sich eigentlich unsere bundesdeutschen Sprachschöpfer darum, ob sie die »Kluft zwischen Ost- und Westdeutsch vertiefen«, wenn sie täglich neue Wörter erfinden?

Es ist ja wahr: In der DDR haben sich sprachliche Veränderungen ereignet, die manchmal dem westdeutschen Besucher, sicherlich aber auch vielen DDR-Bürgern, zu schaffen machen; teils Auswüchse bürokratischerhaltungen und Sprechweisen, die von der DDR-Presse meist kritiklos verbreitet werden, teils Zeugen wirklicher Veränderungen; einiges davon gehört zu den Ritualen öffentlicher Kommunikation, anderes schon zum Alltag. Es ist gar nicht nötig, Beispiele zu erfinden oder Spottausdrücke als bare Münze anzubieten. Es gibt genug echte Beispiele, es gibt sogar schon Wörterbücher für sprachliche DDR-Besonderheiten. Wie gravierend solche Unterschiede sind, entscheidet sich nicht zuletzt an unserer Informiertheit, an unserem Interesse, an unserer Offenheit gegenüber den Deutschen in der DDR und ihren Lebensumständen. Die FAZ-Glosse trug wohl kaum dazu bei.

Manfred W. Hellmann

Literaturhinweis:

DDR Handbuch, 3. Aufl. (Verl. Wissenschaft und Politik) Köln 1985; darin Stichwort »Sprache« (von M. W. Hellmann), Bd. 2, S. 1261–1266.

AUFRÜSTUNG DER BEGRIFFE?

17.–19. Oktober 1986
in Darmstadt

Machen Worte Politik? Diese Frage beschäftigte schon in den frühen siebziger Jahren die Politiker verschiedenster Couleure, seit eine »Semantik-Arbeitsgruppe« der CDU unter Kurt Biedenkopf den (damaligen) Verlust der Regierungsmacht an die sozialliberale Koalition mit der dem politischen Gegner gelungenen »Besetzung von Begriffen« erklärte. Wenn auch diese Arbeitsgruppe schon lange nicht mehr existiert, und die politische Debatte unter dem Deckmantel der Sprachkritik von Politikerseite abgeflaut ist, so ist es doch kein Geheimnis, daß manch ein Kämpfe aus jener Zeit unter der derzeitigen Regierung zu höheren Weihen im Bundespresseamt gekommen ist. Im Besitz der Macht ist die Sprache offenbar weniger problematisch. »Kampf um Begriffe« als politisches Problem scheint eher an die Oppositions-Rolle geknüpft zu sein.

Die linguistische Sprachkritik hat sich seit jeher vom politischen Wortstreit (der ja meist ein Streit um Bedeutungen ist) abgegrenzt. Ihr kommt es weniger auf die strategische Ausbeutung von Sprachkritik und den Sieg in »semantischen Kämpfen an«, als vielmehr darauf, mit sprachwissenschaftlichem Instrumentarium der Frage nachzugehen, welchen Einfluß politischer Sprachgebrauch auf die Wahrnehmung von gesellschaftlich-politischen Ereignissen durch die Bürger/innen unseres Staates hat. Genau diese Frage stellte sich kürzlich eine Arbeitstagung an der TH Darmstadt unter der Überschrift »Aufrüstung der Begriffe?«. Für die Veranstalter wies Prof. R. Hoberg nachdrücklich auf das Fragezeichen im Titel hin. Besonderer Schwerpunkt war die Untersuchung der Sprache der (Nach-)Rüstungsdiskussion der vergangenen Jahre. Schon an der Bezeichnung dieses politischen Streitfeldes scheiden sich bekanntlich die Geister. Ist doch, was die einen *Nachrüstung* nennen, den anderen *Vorrüstung* oder gar *Aufrüstung*.

Der *Verführung des Denkens durch die Sprache der Rüstung* möchte das Projekt »Sprache der Rüstung« an der TH Darmstadt nachgehen, welches von A. Burkhardt und K. Battke vorgestellt wurde. Eine Umfrage über den Alltags-

gebrauch von Begriffen der Rüstung und eine Untersuchung der Nachrüstungsdebatte im Bundestag wurden bereits durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, daß es der offiziellen Politik-Sprache gelungen ist, den Terminus »Nachrüstung« trotz Ablehnung der mit ihm verknüpften semantischen Assoziationen auch bei den Anhängern der Friedensbewegung durchzusetzen. Überhaupt führt eine intensive Beschäftigung mit der Rüstungspolitik dazu, daß die Rüstungsgegner selbst zu »Experten« werden und dabei nur allzuoft das militärische Fachvokabular übernehmen. G. Vowe wies allerdings darauf hin, daß sich der Gebrauch militärischen Fachvokabulars durch die Politiker auf ganz wenige Begriffe beschränke. (So machten die vier Ausdrücke *Nachrüstung*, *Genf*, *Mittelstreckenraketen* und *NATO-Doppelbeschluß* allein 60% des Aufkommens fachlicher Ausdrücke in der Nachrüstungsdebatte aus.)

Eine andere Beobachtung, wie sprachbedingte Mißverständnisse in der Politik zugleich Ausdruck tiefgreifender Auffassungsdifferenzen sein können, teilte F. Liedtke mit. Er war

der Frage nachgegangen »Was ist eine Mehrheit?« Wenn sowohl führende Regierungsmitglieder als auch Anhänger der Friedensbewegung behaupten, die Mehrheit der Bevölkerung stünde hinter ihnen, so ist dafür nicht nur Wunschenken verantwortlich. Vielmehr gehen erstere von einem »diskreten«, d. h. genau abzählbaren Mehrheitsbegriff der parlamentarischen Institutionen aus (d. h. Mehrheit der Sitze im Bundestag aufgrund von Wahlergebnissen), während letztere einen »kontinuierlichen« (demoskopischen) Mehrheitsbegriff verwenden (erkenntlich an Formulierungen wie *überwiegende Mehrheit*, *verschwindende Minderheit*, welche auf den Bundestag angewandt, merkwürdig klingen müßten). Semantische Unterschiede im politischen Sprachgebrauch sind eben nicht nur Oberflächenphänomene, die eine kosmetische Korrektur glätten könnte, sondern stehen oft für eine tiefgreifend andere Auffassung zentraler politischer Grundfragen, ja sogar für ein anderes Bild der Wirklichkeit.

Will man ein Fazit der Darmstädter Tagung ziehen, dann könnte man sa-

gen, daß Sprachwissenschaftler (aber auch Psychologen, Pädagogen und Politologen) sich ihrer Möglichkeiten, aber auch ihrer Verantwortung bewußt geworden sind, mit wissenschaftlichen Mitteln Sprachverführung des Denkens aufzudecken, um die Bürger zu einem bewußteren Umgang mit der Sprache anzuregen. Denn die Fähigkeit, mit Sprache transportierte, semantisch untergeschobene ideologische Inhalte als solche freizulegen, um die hinter ihnen stehenden Sachfragen und -differenzen zum Gegenstand einer wahrhaft rationalen Auseinandersetzung zu machen, ist eine der Grundvoraussetzungen des Gelingens einer wirklich pluralistischen Demokratie.

Dietrich Busse

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft der TH Darmstadt.

Sprache der Gegenwart

Schriften des Instituts für deutsche Sprache

Neuerscheinungen 1987

Rechtschreibung, Schrift, Sprache

Band 68
Von H. Glinz/B. Schaeeder/H. Zabel
144 Seiten, Broschur, ca. DM 44,-
ISBN 3-590-15668-6

Der Band vereinigt drei Beiträge, die in engem Zusammenhang mit den nun schon jahrzehntelangen Bemühungen um eine Reform der deutschen Rechtschreibung stehen. Es werden ausführliche Hindergrundinformationen zur Rechtschreibreform gegeben; ausgewählte Einzelprobleme werden vorgestellt und erörtert.

Hans Glinz behandelt in seinem allgemeineren Beitrag – auch unter historischen Gesichtspunkten – das Verhältnis von Sprache und Schrift, die gesellschaftliche Rolle der Schrift sowie die Auswirkungen der Schrift auf die Sprachentwicklung. Die staatlichen Bemühungen um eine einheitliche und zugleich möglichst praktische Rechtschreibung werden erörtert. Darüber hinaus widmet sich Glinz wichtigen Fragen des Verstehens und der Textverarbeitung.

Burkhard Schaeeder untersucht die möglichen Konsequenzen einer Schriftreform für die computergestützte Textverarbeitung. Er kommt zu dem Schluß, daß sich eine Einführung der gemäßigten Kleinschreibung nicht nachteilig auf die Effizienz von Verfahren der maschinellen Sprachverarbeitung auswirken würde.

Die Schreibung von sog. Fremdwörtern stellt für jede Orthographie-regelung ein besonderes Problem dar. Hermann Zabel präsentiert die Diskussion, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts geführt wurde, und erörtert die Fragen, die sich im Zusammenhang mit den heutigen Reformbemühungen stellen.

Grammatische Terminologie in Sprachbuch und Unterricht

Band 69
Hrsg. von Karl-Heinz Bausch und Siegfried Grosse
229 Seiten, Broschur, ca. DM 58,-
ISBN 3-590-15669-4

Sprachunterricht in der Schule kommt nicht ohne Grammatik aus. Um sprachliche Phänomene im Unterricht benennen zu können, braucht der Lehrer grammatische Begriffe, die mit Namen benannt werden. Diese Namen – Termini – stehen in Zusammenhang mit grammatischen Beschreibungen – der Grammatik – einer Sprache. Darüber besteht Konsens unter Pädagogen, Lehrbuchautoren und Sprachwissenschaftlern.

Unterschiedliche Theoriebildungen in der neueren Sprachwissenschaft haben zu unterschiedlichen Terminologiebildungen geführt, die auch in neuere Sprachbücher Eingang gefunden haben. So ist von Pädagogen und Lehrbuchautoren der Wunsch nach einer Vereinheitlichung der Terminologie in den Sprachbüchern und im Unterricht laut geworden. Aktuell wurde das Thema durch eine Initiative der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

Ein Verzeichnis grundlegender grammatischer Fachausdrücke, herausgegeben vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (von der Kultusministerkonferenz zustimmend zur Kenntnis genommen am 26. 2. 1982) wird im Anhang geboten.

KOMMUNIKATION VOR GERICHT

nahtlos

Ein einfaches »Ja« hätte ihn gerettet. Doch der kleine Sünder, vorgeführt zum Haftprüfungstermin, meint es zu gut und antwortet auf die Frage, ob er einen festen Wohnsitz habe: *nach dem derzeitigen Stand* werde er in der Stadt X für *absehbare Zeit* wohnen. Prompt erlebt er sein blaues Wunder. Die ehrlich gemeinten (aber unangemessen angepaßten) Formulierungen waren der Worte zuviel. Der Richter schließt auf Unsicherheit und zweifelt – keine Haftverschonung, zurück in die Zelle.

Welch fatale Folgen bestimmte Ausdrucksweisen vor Gericht haben können, wie hier alles auf sprachliches Handeln ankommt, haben linguistische Untersuchungen in den letzten Jahren gezeigt. Früher wurden die sprachlichen Probleme meist dem Gebrauch von Fachwörtern wie »Distanzdelikt« oder »Drittschuldner« zugeschrieben. Sie sind besonders tückisch, wenn es sich nicht um Fremdwörter handelt. Der Laie glaubt sie zu verstehen, kennt aber die juristische Bedeutung nicht.

Die Fachsprache ist nur die auffällige, nicht die wichtige Seite der Medaille. Entscheidend sind die Bedingungen der Kommunikation vor Gericht, die Frage, wie der institutionelle Zweck durch bestimmte sprachliche Handlungsmuster und Strategien realisiert wird.

In der Verhandlung muß alles zur Sprache kommen und sprachlich ausgetragen werden, was in das Urteil eingehen soll. Die Abwicklung bestimmt der Vorsitzende Richter: Er befragt selbst, vergibt das Fragerecht und ist an der Entscheidung beteiligt.

In der Befragung zur Person werden soziale Identität und Glaubwürdigkeit von Angeklagten und Zeugen aufgrund ihrer Antworten eingeschätzt. Wer hier nicht versteht, ein günstiges Bild zu erzeugen, muß möglicherweise die Folgen tragen.

In der Vernehmung zur Sache geht es um das Tatgeschehen. Der Angeklagte sucht dem Gericht seine Version plausibel zu machen. Er verfolgt bestimmte Strategien (Gestehen, Leugnen, Sich rechtfertigen, Ausweichen usw.), die erst einmal durchzuhalten sind, vor allem aber die rechtliche Systematik treffen müssen. So mag der

immer wieder angeführte Vollrausch im Alltag manches entschuldigen; vor Gericht gelten aber strenge Anforderungen für die Herabsetzung von Schuldfähigkeit. Wer zur Tatzeit noch Freunde besucht, eingekauft oder einen Spaziergang unternommen haben will und sich daran erinnert, kann eben keinen Vollrausch gehabt haben.

Der Angeklagte kann (der Zeuge muß sogar) Gelegenheit zur zusammenhängenden Darstellung erhalten. Längere Erzählungen erfordern aber genaue Planung. Im Zugzwang des Befragens und Erzählens hat sich mancher schon um Kopf und Kragen geredet. Zu einer Erzählung gehört, entscheidende Details nicht auszulassen, daher werden Lücken schnell bemerkt. Wer zuviel oder zuwenig erzählt, hat kaum Chancen in der anschließenden argumentativen Auseinandersetzung.

R: Ja, und wie sind Sie denn in dies – mh Gaststätte hereingekommen?

A: Das kann ich nicht sagen.

R: Warum nicht?

A: Nein, weil ich keine Gastwirtschaft mit Gewalt aufge – öh – macht habe.

R: Ja, wie sind Sie denn reingekommen? Ham Schlüssel gehabt?

A: Ich wüßte überhaupt gar nicht, daß ich da drin war.

R: Warum nicht?

A: Nein.

R: Warum wissen Sie das nicht?

A: Jaah. Wie gesagt, weil ich ziemlich betrunken war.

R: = Richter; A: = Angeklagter

Für alle Beteiligten lassen sich Strategien angeben, die ihnen in bestimmten Situationen zum Erfolg verhelfen können. So kann es einen Zeugen Behauptungen gelegentlich einschränkt (*ich glaube, daß – soweit ich gesehen habe – meines Wissen usw.*). Den Angeklagten würde das gerade unglaubwürdig machen. Für ihn ist es nützlich

- ein sozial positives Bild von sich zu vermitteln;
- die Tat als einmalig (Unglück, Ausnahme) darzustellen;
- dem Gericht die Folgen einer Verurteilung zu verdeutlichen;
- die Interpretation der eigenen Handlungen (Absichtszuweisung) zu bestimmen zu suchen (*ich bin nicht von der Straße abgekommen – ich wollte einem Auto ausweichen, das aus einer Seitenstraße kam*).

Allerdings behält sich das Gericht rechtliche Bewertungen selbst vor; Zeugen und Angeklagte sollten sie deshalb vermeiden. Auch für andere Verfahrensbeteiligte lassen sich Handlungsanweisungen geben.

Sollte man also der Rechtsberatung eine Sprachberatung an die Seite stellen? Vielleicht würden Angeklagte ein entsprechendes Angebot annehmen. Kann aber die Institution ein Interesse daran haben, daß sich die Zahl derer erhöht, die sich vor Gericht herausreden können? Im übrigen kann das, was dem Angeklagten hilft, auch dem vernehmenden Richter zu noch subtileren Befragungsstrategien verhelfen, so daß dann wiederum der Angeklagte ... usw.

Hier liegt ein grundsätzliches Problem: Soll die Beratung denen zugute kommen, die in Handlungsmöglichkeiten und Wissen ohnehin eingeschränkt sind, oder sollen vor allem institutionelle Zwecke (z. B. schnell zu einer begründbaren Entscheidung kommen) gefördert werden? Dies ist auch eine politische Frage. Sie ist selbst dann nicht vom Tisch, wenn man davon ausgeht, daß ein besseres Kommunikationsverhalten der Institutionsvertreter auch den Betroffenen nützen kann (Verständlichkeit, Durchschaubarkeit etc.). Denn »besser« im Sinne der Institution heißt auch »reibungsloser, ohne zuviel argumentativen Aufwand«. Der geforderten »Wahrheit« muß dies nicht in jedem Fall dienen. Wie auch immer man sich entscheidet: Verbesserungsfähig ist die Kommunikation vor Gericht allemal.

Ludger Hoffmann

Literaturhinweis:

Ludger Hoffmann: Kommunikation vor Gericht. Tübingen 1983: Narr Verlag

Ulrich Reitemeyer: Juristische Kommunikation – eine kommentierte Bibliographie. Tübingen 1985 (Forschungsberichte des IDS 56)

Tagungskalender

»Sprachliche Strukturen und psychische Prozesse«. 9. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft in Augsburg vom 4. bis 6. März 1987. – Info.: Dr. Heide Wegener, Universität Augsburg, Deutsche Philologie – Deutsch als Zweitsprache, Universitätsstr. 10, 8900 Augsburg, Tel.: (0821) 598779

AKTION:

WIE HÄTTEN SIE KORRIGIERT?

Was ist für Sie bei der Korrektur eines Schüleraufsatzes grammatisch noch akzeptabel?

Welche Abweichungen von Ihrem Sprachgebrauch tolerieren Sie noch, welche betrachten Sie als Fehler?

Dafür interessiert sich der SPRACHREPORT.

Deshalb bitten wir Sie, den von uns abgedruckten Aufsatz eines 15jährigen Gymnasiasten zu korrigieren. Mit dieser Bitte wollen wir nicht nur die Lehrer unter unseren Lesern ansprechen, sondern alle, die einmal überprüfen wollen, über welche Kompetenz sie in diesem brisanten Arbeitsbereich der Deutschlehrer verfügen.

Über die Ergebnisse dieser Aktion werden wir Sie unterrichten

Wie hätten Sie korrigiert?

Jeder Deutschlehrer weiß, welcher Dauerbrenner die »ungerechte Aufsatznote« für Eltern und Schüler (und Wissenschaftler) ist, deren eigener Sprachgebrauch im Gegensatz zur Sprachkritik des Lehrers (darum handelt es sich ja) stehen kann. Bei dieser Sprachkritik legt der Lehrer durch seine »Fehlercharakterisierungen« und die dadurch bestimmte Notengebung mit ihrer Fehlersanktion »amtlich« fest, was richtiger, was falscher Sprachgebrauch ist. Uns geht es darum, festzustellen, was alles in Ihren Korrekturen, den Korrekturen kompetenter Sprecher, als falsch gekennzeichnet wird, wo große, wo wenig Übereinstimmung besteht, wo Normenkonformität, wo Normenvielfalt feststellbar ist; wie »amtlich« also eine solche Sprachkritik sein kann.

Soll Gewalt mit Gewalt beantwortet werden.

In dies Ich spezialisiere mich in diesem Thema auf die Lage in Lybien. Zur Erklärung: Warum »schürt« Lybien den Terror gegen die USA? Die USA nahm vor 40 Jahren ein Teil des Landes von Palatina, für die Juden, ein. Lybien sieht so den »Bösen« in den USA. Ein Teil der Lybier mussten bis heute, in Flüchtlingslagern leben, weil sie kein anderes Land hatten. So entwickelte sich der Hass gegen die USA und die Juden.

Die 1. Frage, die man sich stellen sollte, ist: »Wann soll man Gewalt mit Gewalt beantworten?« Hat es Nutzen den Terror gegen die Amerikaner u. Juden, der von Lybien ausgeht, mit Angriffen gegen Lybien einzuschränken.

Es werden durch den Angriff auf Lybien unschuldige Menschen getötet auf der anderen Seite kommen auch sehr viele unschuldige Menschen, bei den vielen Terroranschlägen, die von Lybien aus, gesteuert werden, um. Da man mit Lybien nicht Verhandeln kann, muß der Terror durch Gewalt, → das heißt Angriffe auf Tripolis, eingeschränkt werden. Es gibt aber auch andere Wege als Gewalt ZB Man sollte den Handel mit Lyben unterbrechen und Einreiseverbot für Lybier in den betroffenen Ländern erteilen. So hätte Lybien seine Straffe, sie würden auf ihrem Öl sitzenbleiben. Es gibt genügend andere Länder wo »wir« das Erdöl kaufen könnten.

Durch das Einreiseverbot könnten keine Terroranschläge mehr vollführt werden.

Wenn man aber nichts unternimmt (Sie durch Gewalt einschüchtert) werden sie noch sicherer ⇒ mehr Anschläge. Wenn die Lybier, durch die Angriffe der USA, noch aggressiver werden, als sie schon sind. gibt es noch mehr Anschläge bei denen Unschuldige Menschen ums Leben kommen. Die USA muß dieses Risiko dann verantworten können. Die USA kann sich durch diese Angriffe in anderen Arab. Ländern aber auch unbeliebt machen.

Andere Länder, wie Ägypten sehen diese Angriffe aber gerne, da Lybien ihnen auch auf der Nase herumtanzt. Es könnte allerdings auch einen Weltkrieg geben wenn sich die Russen einmischen und die ganze Sache von Arabien nach Europa überschwapt

Ich finde es Richtig das die USA handelt und die Lybier einschüchtert. Denn sie kann sich nicht von einem »Zwerg« wie Lybien dauernt pisacken lassen. Das Lybien mehr Terroranschläge verführt, glaube ich nicht, da die USA die größeren Trümpfe in der Hand hält. Die USA hätte aber auf jeden Fall mit der UDSSR verhandeln sollen, so wäre die Gefahr eines erneuten Weltkrieges zunichte Gemacht. Das bei Angriffen unschuldige Menschen umkommen, läßt sich leider wohl nicht vermeiden, aber auf den Seiten der USA sind schon mehr unschuldige Menschen getötet worden, wie aus Lybien. Für die Angriffe wird zwar Geld verbraucht, aber der Sachschaden der bei uns, durch Anschläge verursacht wurde, ist weitaus größer.

➡ *Wie man in den Wald hineinschreit so schallt es zurück*

Klasse:	9. Klasse Gymnasium
Aufsatzart:	Pro- und Contra-Aufsatz
Thema:	Soll Gewalt mit Gewalt beantwortet werden?
Anweisungen:	Welche Antworten lassen sich auf diese Frage finden? Besprecht die Antworten anhand von Beispielen!

Was genau sollen Sie tun?

(1) Sie sollen anstreichen, was IHNEN falsch erscheint. Benutzen Sie dazu die folgenden Abkürzungen:

- A Ausdruck
- St Stil
- Sb Satzbau
- Gr Grammatik
- R Rechtschreibung
- Z Zeichensetzung
- W Wiederholung
- I Inhalt
- Log Verstoß gegen die Logik
- Th Thema bzw. Aufgabenstellung nicht beachtet
- Bg Fehlende/falsche Begründung
- Bsp Beispiel
- Def Falsche Definition

Diese Abkürzungen sind den »Korrekturrichtlinien Abitur 1986« des Kultusministeriums Baden-Württembergs entnommen. Auch dort werden die Abkürzungen nicht näher erläutert.

(2) Sie sollen Ihre Fehlercharakterisierungen (außer »Z« und »R«) numerieren und auf einem beigelegten Blatt begründen oder durch eine Umformu-

lierung der betreffenden Stelle deutlich machen, was »richtiger« Sprachgebrauch ist.

(3) Sie sollen den korrigierten Aufsatz bis zum 1. 3. 1987 SPRACHREPORT schicken. Hier unsere Anschrift:

Institut für deutsche Sprache
Redaktion SPRACHREPORT
– Aktion: Aufsatzkorrektur –
Postfach 5409
6800 Mannheim 1

Was geschieht mit Ihren Einsendungen?

Ihre Einsendungen wollen wir in folgender Weise auswerten:

a) Wir tragen alle Anstreichungen und Fehlercharakterisierungen in den Stammaufsatz ein und ordnen ihnen die jeweiligen Häufigkeiten zu. Damit ist ein erster Einblick in das Verhältnis von Normenkonformität und Normenvielfalt gegeben, außerdem können wir feststellen, ob unterschiedliche Fehlercharakterisierungen für einzelne Fehlerstellen verwendet werden.

- b) Wir wollen die Begründungen ausgesuchter Fehlerkennzeichnungen miteinander vergleichen um zu überprüfen, ob bei gleicher Fehlererkennung auch ähnliche Begründungen gegeben werden.
- c) Wir wollen dann mit Ihnen im SPRACHREPORT das Problem der Normsetzung durch Aufsatzkorrekturen diskutieren. Wir wollen diskutieren, wie Begründungen von Fehlercharakterisierungen aussehen können, wie Korrekturrichtlinien formuliert werden sollten, und welche Konsequenzen aus unseren Ergebnissen für die Lehrerfortbildung zu ziehen wären.

Noch eine Bitte: Sie sollten in Ihrer Einsendung möglichst Ihr Alter und Ihren Beruf angeben. Wir brauchen diese Angaben für unsere Auswertung.

Rudi Bleier

Der Autor ist Studienrat für Deutsch und Gemeinschaftskunde an einem Gymnasium in Böblingen.

Helmut Schumacher (Hrsg.): Verben in Feldern. Valenzwörterbuch zur Syntax und Semantik deutscher Verben. Groß-Oktav. XIV, 882 S., DM 218,- ISBN 3-11-010782-1 Berlin/New York (de Gruyter) 1986 (= SIDS 1)

Mit dieser Neuerscheinung wird die Reihe »Schriften des Instituts für deutsche Sprache« eröffnet. Das Wörterbuch bildet den Abschluß des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts »Verbvalenz«. In dem onomasiologisch angelegten (d. h. nach Bedeutungsfeldern aufgebauten) einsprachigen Nachschlagewerk wird die Bedeutung von ca. 1000 deutschen Verben und verbalen Ausdrücken erklärt und deren valenzbestimmte Umgebung syntaktisch (bezogen auf »Satzbau«) und semantisch (bezogen auf »Bedeutung«) charakterisiert. Außerdem enthält das Wörterbuch Informationen zur Morphologie, Passivfähigkeit, Wortbildung, Stilistik und Pragmatik. Auswahl und Abfolge der Verben sowie Bedeutungserklärungen und Gebrauchsbelege orientieren sich an den Bedürfnissen des Fremdsprachenunterrichts für fortgeschrittene Deutschlerner. Zielgruppen sind daher neben Linguisten vor allem Lehrer für Deutsch als Fremdsprache an Universitäten, Studienkollegs, Goethe-Instituten und Sprachschulen.

Ankündigung

Jahrestagung 1987

Institut für deutsche Sprache
24.–26. März 1987

im Kongreßzentrum Rosengarten, Mannheim

Das Wörterbuch: Artikel und Verweisstrukturen

Die jahrestagung 1987 des Instituts für deutsche Sprache wird sich mit dem einsprachigen wörterbuch befassen, wobei die frage nach dem zusammenhang von sprachwissenschaftlichem wissen und lexikographischer praxis im vordergrund stehen soll. In den vorträgen werden vor allem die folgenden themen behandelt:

- theorien der wortsemantik als grundlage der bedeutungserläuterung
- die besonderheiten der textsorte wörterbuchartikel

- die darstellbarkeit von wortschatzstrukturen im alphabetischen wörterbuch
- das verhältnis von beschriebener und beschreibender sprache
- beispiele und belege im wörterbuch
- wortbildung im wörterbuch
- phraseologismen im wörterbuch
- bedeutungserläuterungen durch beispiele und belege
- historische informationen im wörterbuch
- computerunterstützung bei der wörterbucharbeit

Anmeldung bitte an:

Institut für deutsche Sprache, Friedrich-Karl-Str. 12, Postfach 5409, D-6800 Mannheim 1

(Tagungsgebühr: DM 30,-; kann arbeitslosen wissenschaftlern und studenten erlassen werden, dann ohne tagungsmappe)

D EUTSCH ALS GROSSMUTTERSPRACHE

Spracherhaltungsbestrebungen in Ungarn

Ein Bundespräsident in der »schwäbischen Türkei«

Bundespräsident Richard von Weizsäcker war beeindruckt: »Es hat unsere Herzen erfreut, wie Sie sich Ihrer Herkunft erinnern.« Mit diesen Worten bedankte er sich für den herzlichen Empfang bei einer ungarndeutschen Schule in Bohl nahe bei Fünfkirchen/Südungarn, wo man donauschwäbische Trachten, Volkslieder, Mundartdichtung und eine erfolgreiche, mehrheitlich ungarndeutsche landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft aufgebaut hatte.



Foto: dpa

Die auf seinen ausdrücklichen Wunsch zurückgehende Begegnung mit Vertretern der meist mit ca. 200 000 bezifferten »Ungarn deutscher Nationalität« – wie es offiziell heißt – war besonders für die Besuchten selbst mehr als nur der gemütliche Abschluß eines beiderseits als erfolgreich gewerteten Staatsbesuchs.

Politische Rahmenbedingungen

Bemerkenswert, daß die ungarische Regierung offensichtlich Wert darauf legte, dem deutschen Staatsoberhaupt außer der Metropole Budapest ein Stück von Ungarndeutschen geprägte Provinz zu zeigen.

Die Geste gegenüber dem deutschen Gast war Ausdruck einer längerfristig angelegten liberalen Minderheitenpolitik. Die innen- und außenpolitische Dimension wird am Originalwortlaut eines Beschlusses des 13. Parteitags der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei im Jahre 1985 deutlich:

»Die Nationalitäten betrachten die Volksrepublik Ungarn als ihre Heimat. Ihre Gleichberechtigung, die Pflege ihrer Muttersprache, die Entwicklung ihrer Kultur

müssen auch in Zukunft gesichert werden. Wir schätzen und unterstützen auch weiterhin die Tätigkeit der Nationalitätenverbände. Die Nationalitäten spielen eine wichtige Rolle bei der Entfaltung der Freundschaft zwischen den Ungarn und den benachbarten Völkern. Die Kontakte der ungarländischen Nationalitäten zu den Nationen mit gleicher Muttersprache halten wir für natürlich und fördern sie. Für genauso natürlich

halten wir, daß die Werktätigen ungarischer Nationalität in den benachbarten Ländern – als treue Bürger ihrer Heimat – ihre Muttersprache pflegen, ihre nationale Kultur entfalten und zur Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern beitragen.«

Innenpolitisch zeugt dieses Programm von einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Eine außenpolitische Wirkung ist sicherlich gleichermaßen intendiert: Den Ungarn ist die schwierige Lage ihrer 3–4 Millionen Landsleute außerhalb der eigenen Grenzen schmerzlich bewußt. Wenn es einer moralischen Legitimation bedarf, auf Mißstände bei deren Lage hinzuweisen, dann ist die eigene Minderheitenpolitik ein guter Ausweis dafür.

Kontinuierliche Aufwärtsentwicklung in der Nachkriegszeit

Die Fakten, die die Erhaltungsbemühungen um Sprache und Kultur bei den Ungarndeutschen belegen, klingen eindrucksvoll, was den Bundespräsidenten dazu bewegte, die Minderheitenpolitik in Ungarn als »beispielhaft« zu werten.

Nach den Verwüstungen, die der zweite Weltkrieg und die folgenden Umwälzungen in der Substanz und Zusammensetzung der Gruppe, in ihrer kulturellen Infrastruktur und bei ihren Beziehungen zur Umwelt angerichtet hatten, wurden in zäher Aufbauarbeit viele Verluste wieder wettgemacht.

Bildungswesen

Der Deutschunterricht wurde seit Anfang der fünfziger Jahre systematisch wieder aufgebaut. Vom Kindergarten bis zum Abitur erhalten zur Zeit über 30 000 Schüler Deutschunterricht. Dabei ist allerdings ein beträchtlicher Anteil rein ungarischer Schüler inbegriffen. Der Unterricht unterscheidet sich freilich nicht oder kaum von normalem Fremdsprachenunterricht.

Lange Zeit wurde nur in den drei »muttersprachlichen« Gymnasialzügen in Budapest, Fünfkirchen und Frankstadt Deutsch auch als Unterrichtsmedium gepflegt. Dieses Bildungsangebot erfreut sich wachsenden Zuspruchs und wird ausgebaut. Erst in jüngerer Zeit wird mit dem sogenann-

ten »zweisprachigen Unterricht« auch in der Grundschule experimentiert, d. h. daß bestimmte Fächer: Umweltkunde, Musik, Geschichte in deutscher Sprache unterrichtet werden. Dies ist der Fall an den Schulen in Bohl und Nadasch und wird zur Zeit in größerem Stil eingeführt.

Dem Ausbau des zweisprachigen Unterrichtswesens wurde sogar durch eine neue Gesetzgebung Nachdruck verliehen. Im § 7 des neuen ungarischen Unterrichtsgesetzes heißt es:

- (1) Die Sprache der Erziehung im Kindergarten und des Unterrichts in der Schule ist ungarisch sowie jede in der Volksrepublik Ungarn gesprochene Nationalitätensprache.
- (2) Die zu den Nationalitäten gehörenden Kinder und Schüler können der Erziehung im Kindergarten sowie der Erziehung und dem Unterricht in der Schule in ihrer Muttersprache bzw. in zwei Sprachen – in der Muttersprache und Ungarisch – teilhaftig werden.
- (3) Die Nationalitätensprachen können auf sämtlichen Stufen des Schulunterrichts gelernt werden.
- (4) ...
- (5) Der Staat sorgt organisatorisch für die Voraussetzungen des in den Abschnitten 1 bis 3 Enthaltenen.

Die praktische Durchführung dieser Forderung wird vor allem durch den Mangel an ausgebildetem Personal gehemmt, obwohl im gesamten höheren Ausbildungswesen den Belangen der Nationalitäten Rechnung getragen wird.

Das Ministerium für Bildung hat eine besondere Nationalitätenabteilung. Die ungarische pädagogische Gesellschaft unterhält eine eigene Nationalitätensektion. In den höheren Bildungsanstalten haben sich nationalitätenorientierte Studiengänge herausgebildet. In den Anstalten für Kindergärtnerinnenausbildung in Ödenburg wird eine viersemestrige Spezialausbildung für zweisprachige Kindergärtnerinnen unterhalten. Die pädagogische Hochschule in Frankenstadt bildet Lehrer für die unteren Schulstufen heran. Am deutschen Lehrstuhl der Universität Fünfkirchen werden Oberschullehrer ausgebildet.

Ein Jahrgang von Studenten mit dieser Spezialisierung umfaßt bei jeder Hochschule 10–20 Nachwuchskräfte. Offensichtlich ist damit bei weitem nicht der Bedarf gedeckt. Mit der begrenzten Arbeitskraft der bisher ausgebildeten Fachkräfte ist zudem das Defizit an speziellen Lehrmitteln für den geforderten nationalitätenspezifischen Unterricht in absehbarer Zeit nicht zu beseitigen.

Zur Abrundung des Bildes wird konsequenterweise auf eine spezifische Erwachsenenbildungsinstitution

(Volkshochschule in Nadasch) hingearbeitet.

Kulturarbeit

Es gibt eine rege Kulturarbeit, die alle Altersgruppen anspricht. Besonders augenfällig sind Blasmusik, Chorgesang, Volkstanz, Trachtengruppen und Laienspiel. In Szekszárd gibt es eine deutsche Bühne.

In der Jugendarbeit ist die sprachpflegerische Komponente dominierend. Ein ungarndeutsches Spezifikum dürften die alljährlich veranstalteten »Leselager« sein, bei denen spielerisch Sprachförderung betrieben wird. Erstmals wurde 1985 ein ungarndeutsches Ferienlager veranstaltet, dessen Hauptziel Vertiefung der Kenntnisse über die Nationalitätenkultur war.

Die materielle Kultur erfreut sich liebevoller Pflege. Heimatmuseen wie in Nadasch bewahren alte Handwerkskunst und Dokumente.

Medien

Die »Neue Zeitung«, Organ des Demokratischen Verbandes der Ungarndeutschen, erreicht mittlerweile als Wochenzeitung eine Auflage um die 5000. Literarische Werke werden in Auflagen bis zu 20000 verbreitet. Der jährlich erscheinende Deutsche Kalender dürfte mit 13500 Exemplaren und seiner Mischung von Themen das repräsentativste und meistverbreitete Druckwerk sein.

Daneben gibt es eine erstaunliche Fülle von Spezialliteratur, die in verschiedenen Bereichen der Kulturarbeit und im Bildungswesen eingesetzt wird. Pro Jahr erscheinen ein gutes Dutzend Bücher.

Der deutschsprachige Rundfunk läßt sich täglich eine halbe Stunde über lokale UKW-Sender, Mittelwelle und Kurzwelle vernehmen. Sogar ein Schulfunk findet jeden zweiten Dienstag Verbreitung. Einmal im Monat flimmert eine halbstündige Fernsehsendung des Studios Fünfkirchen über die Mattscheiben.

Wissenschaft

Im Rahmen von Germanistik, Volkskunde, Soziologie und verwandten Disziplinen wird schon seit Jahrzehnten die gesamte Nationalitätenthematik sehr intensiv bearbeitet. Hervorzuheben ist die Schaffung von speziellen Abteilungen und Lehrstühlen. Ein interdisziplinäres staatliches Institut zur Erforschung der Minderheiten unterhält auch eine deutsche Sektion.

Reichhaltige Bibliographien zeugen von einem Standard, der wohl kaum bei einem vergleichbaren Gebiet in der Welt erreicht ist.

Man könnte dieses Bild mit einer Fülle von Einzelheiten ergänzen. Einen sehr guten Einblick und einen jährlichen Sachstandsbericht bieten die Rechenschaftsberichte des Demokratischen Verbandes, die in der »Neuen Zeitung« regelmäßig erscheinen.

Pessimistische Langzeitprognose

Die eindrucksvollsten Daten über die kulturelle Infrastruktur sollten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Aussichten für die ungarndeutschen Sprach- und Kulturinseln (oder besser: -komponenten) in der durchmischten ungarischen Gesellschaft im Sinne einer geschlossenen Minderheitengruppe eher schlecht sind, was keinesfalls an mangelnder Fürsorge liegt.

Soziale Faktoren

Die ungarische Industriegesellschaft folgt ähnlichen Entwicklungstendenzen wie andere moderne Gesellschaften. Durch unspezifische gesellschaftliche Entwicklungen geht eine »ökologische Nische« der deutschen Sprache nach der anderen verloren. Es gibt immer weniger Bereiche in denen sie ein mögliches oder das allein mögliche Kommunikationsmittel ist. Spezielle Veranstaltungen der Sprachförderung sind kein Ersatz dafür. Eine Schlagzeile der »Nürnberger Zeitung« vom 18. 10. 1986 bringt dies auf die treffende Formel »Mit dem Dorf stirbt die Sprache«.

Historische und sprachliche Voraussetzungen

Schon die Vorkriegsentwicklung müßte eher pessimistisch stimmen. Die Tendenz zur Magyarisierung hat Tradition. Sie mußte zunehmen in einer Zeit, in der das Bekenntnis als loyaler Staatsbürger schwer vereinbar war mit der Bewahrung einer deutschen Identität. Die Folgen davon sind schwer wertzumachen.

Das Sprachgebiet war und ist nicht kompakt. Es ist kleinräumig dialektal gegliedert in spezifisch ungarische Varianten rheinfränkischer, bairischer und anderer oberdeutscher Dialekte. Vom ehemals recht großen Verbreitungsgebiet sind zur Zeit nur noch die südungarischen Gebiete um Fünfkirchen, die an Österreich angrenzenden Gebiete um Ödenburg und Raab und Ortschaften im Mittelgebirge um Budapest nennenswert. Aber auch dort sind

Deutschsprechende nur eine Gruppe unter anderen.

Ungünstige Alterspyramide

Das Hauptproblem dürfte sein, daß die Spracherhaltungsbemühungen »fünf vor zwölf« einsetzen. Gute Deutschkenntnisse sind nur noch bei der Großelterngeneration vorhanden. Die mittlere Generation hat weitgehend den Sprachwechsel schon vollzogen, d. h. ihrerseits die Sprache nur beschränkt weitergegeben.

Die ungünstige Alterspyramide der sprachkundigen Ungarndeutschen macht deutlich, daß man sich – pointiert gesagt – auf ein einigermaßen paradoxes Unterfangen eingelassen hat, einen »Muttersprachenunterricht« ohne Muttersprachler.

Engelbert Rittinger* versteht es, ernsthafte Dinge oft scherzhaft und mit Hilfe von Volksweisheiten zu erläutern. Über die »in Not geratene Muttersprache« fiel ihm eine Anekdote ein: »Der Seppi-Vetter wurde mal gefragt: ›Wie geht's, Seppi-Vetter?‹ ›Ich fircht mich fir's Schlachte.‹ ›Wieso, es is toch kalt, tr Schlächter is to, ti Zeit is kut?‹ ›Na ja, awer ich hun ka Sau!«

Deutschunterricht gut im Trend

Das ändert alles nichts daran, daß eine rege Nachfrage nach solchem Unterricht besteht und eine neue Nationalitätenelite dies nach Kräften fördert.

Auch aus anderen Gegenden der Welt ist das Phänomen eines ethnischen Identitätsbewußtseins ohne Fortbestand des wichtigsten Merkmals, der Sprache, geläufig – vor allem dann, wenn die Hinwendung zur historischen Wurzel Anerkennung findet und durchaus noch ihren praktischen Nutzen hat.

In der Politik hat man die Nationalitäten als Mittler zu den Nachbarländern entdeckt. Zudem ist man sich in Ungarn dessen bewußt, daß die Wechselbeziehungen der eigenen Kultur mit der deutschen Anlaß genug sind, diese Sprache zu pflegen, weil sie ein Schlüssel zum Verständnis dieser Zusammenhänge ist.

Nicht zuletzt gibt es handfeste praktische Gründe für ungarische Jungbürger, das wachsende Angebot an Deutschunterweisung anzunehmen.

* Engelbert Rittinger ist ein ungarndeutscher Heimatdichter. Zitiert nach »Neue Zeitung« 7/86, Seite 2.

Insofern ist die geschilderte Aufwärtsentwicklung ohne weiteres auf dem Hintergrund allgemeiner Trends der ungarischen Mehrheitsgesellschaft deutbar. Das Wiedererwachen ethnischer Gefühle ist vielleicht nur ein überlagernder Effekt.

Fremdsprachen fördern die Karriere

Wer beruflich vorankommen will, tut in diesem Lande gut daran, in seine Fremdsprachenkenntnisse zu investieren. Die Lage erinnert an andere kleinere Länder mit weniger verbreiteten Sprachen (Niederlande, skandinavische Länder).

Russisch ist erste und obligatorische Fremdsprache. Unter den fakultativen Sprachfächern schneidet Englisch wie meistens in der Welt mit 38% am besten ab. Das Deutsche hält sich wacker mit 37% knapp dahinter.

Rolle der deutschsprachigen Länder

Die intensiven Kontakte mit den deutschsprachigen Staaten, unter anderem auch der Wirtschaftsfaktor Tourismus, machen Leute mit Deutschkenntnissen zu gefragten Arbeitskräften.

Ortsnamengleichungen

Bohl = Boly
Frankenstadt = Baja
Fünfkirchen = Pécs
Nadasch = Mecseknyádas
Ödenburg = Sopron
Raab = Győr

Die DDR wird unter den deutschsprachigen Partnern immer an erster Stelle genannt. Ihr Einfluß auf den sprachlichen Aspekt kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sprachmaterial kommt vorzugsweise von dort. Muttersprachliche Fachkräfte z. B. Universitätslektoren und ein DDR-Kultur- und Informationszentrum leisten solide fremdsprachendidaktische Arbeit. Schüler- und Kulturaustausch wird in beachtlichem Umfang durchgeführt. Für studierte Germanisten sind mehrmonatige oder noch längere Aufenthalte in Leipzig, Berlin oder Potsdam Teil des Studienplans. Die Wirkung läßt sich bei Gesprächen mit ungarischen Germanisten oft auf Anhieb heraushören. Sprachbegabte ungarndeutsche Germanisten – von Hause aus Sprecher einer süddeutsch geprägten Mundart – plaudern munter Hochdeutsch mit unverkennbarem mitteldeutschem oder sächsischem Einschlag.

Die Nachfrage nach Angeboten aus der Bundesrepublik wäre sicherlich vorhanden. Die Grundlagen dafür müs-

sen aber erst durch ein Kulturabkommen geschaffen werden, für dessen Abschluß zur Zeit noch einige diplomatische Hürden zu nehmen sind. Immerhin gibt es in Budapest bereits eine Stelle für einen DAAD-Lektor aus der Bundesrepublik.

Gerhard Jakob

Literaturhinweis:

Engelbert Rittinger: Mir ungrische Schwowe. Gedichte und Prosaschriften in deutscher Hochsprache und in der Kaschaer Mundart (1973–1983). Budapest: Tankönyvkiadó 1985

Anfang 1986 erscheint in der IDS-Reihe »Deutsche Sprache in Europa und Übersee«, Franz Steiner Verlag Stuttgart, ein Sammelband über Ungarn, der in Zusammenarbeit ungarischer Germanisten in Kooperation mit der Forschungsstelle für Mehrsprachigkeit, Brüssel, entstanden ist.

WIE EIN KARTENSPIEL: DIE SPRACHE DER »TAGESSCHAU«

Tag für Tag die »Tagesschau« – wie bringt man Aktuelles zur Sprache? Ungezählte Mitarbeiter von Agenturen in aller Welt, zahlreiche Korrespondenten und Dutzende von Redakteuren allein in Hamburg feilen stark arbeitsteilig an den Sendetexten herum, meist bis wenige Minuten vor Sendebeginn und nicht selten noch während der Sendung selbst. Das alles in der Hoffnung, daß das gesprochene Wort auch irgendwie zum Bild oder Film passen möge, die von wiederum anderen Redakteuren ausgewählt und bearbeitet werden.

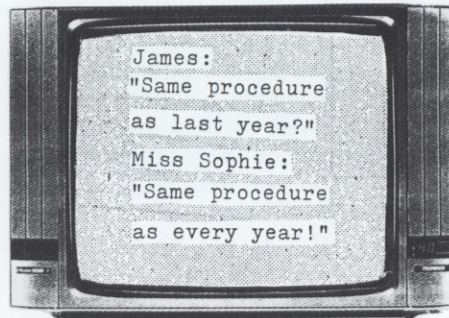
Wie löst man unter solchen Umständen in Arbeitsteilung und unter oft höchstem Zeitdruck, das schon im normalen Alltag schier unlösbare Problem, Hochaktuelles, eben erst Geschehenes auf möglichst objektive Weise zu formulieren? Das Geheimnis ist ein doppeltes. Die Zauberwörter heißen Repertoire-Auswahl statt Neuformulierung und Satzsinne statt Textsinne.

Ein Monat »Tagesschau«-Hauptausgaben (20 Uhr) umfaßt ohne Wetterbericht rund 55000 Wörter. So viel Wörter enthält ein Taschenbuch von etwa 140 Seiten, beispielsweise Max Frischs »Homo Faber«. Diese Textmenge genügt bereits, um die wesentlichen Besonderheiten der Sprache unserer Fernsachrichten herauszufinden. Über viele Jahre hinweg (zumindest über das letzte Jahrzehnt) bleiben sie gleich.

Die »Tagesschau« hat – ob ihre Autoren das wissen oder nicht – ein Standardrepertoire immer wiederkehrender Textmuster zur Verfügung (z. B. *x und y sind zerstritten*), die stilistisch nur leicht variiert werden (z. B. *x und y zeigten sich zerstritten*) und in die bestimmte einfache, tagesspezifische Bestandteile nur noch eingesetzt zu werden brauchen, vor allem Ortsangaben, Institutionsbezeichnungen sowie Eigennamen von Personen (u. U. mit zugehörigen Funktionen, z. B. *US-Präsident Reagan*). Wechselt man im Text einer viele Jahre zurückliegenden Sendung die damals aktuellen gegen heute aktuelle Namen aus, so wäre fast jeder bereit, den Text für den gestrigen oder heutigen zu halten. Und in der Tat könnte die »Tagesschau« in manchen Fällen den alten Text bis auf die Eigennamen fast wörtlich abschreiben und ohne Wahrheitsverlust oder sonstigen Schaden im laufenden Monat unterbringen. *Bei seinem anschließenden Gespräch mit Staatspräsident Mitterrand hob Kohl die Rolle eines starken Europas als gleichberechtigter Partner der USA hervor.* 28. Oktober 1986? Lesen Sie *Giscard* statt *Mitterrand* und *Carter* statt *Kohl* und Sie haben den Wortlaut des 6. Januar 1978. Das ist kein Einzelfall. Sie können es in ähnlicher Weise bei der überwältigenden Mehrheit aller »Tagesschau«-Sätze erfolgreich probieren. Wann wurde wohl unser Beispielsatz gesendet: *Rundherum zerstritten zeigten sich heute Regierungskoalition und Opposition im Bonner Bundestag?*

So bringt die »Tagesschau« das Kunststück fertig, in hochaktuellen Berichten die Wiederkehr des immer Gleichen vorzuführen. *News are actually olds* – dieses Wortspiel angelsächsischer Massenkommunikationsforschung findet sich in der Sprachform der »Tagesschau« bestätigt.

Der zweite Kniff heißt: Verzicht auf Textzusammenhang. Sind die Reperitoiresätze (oder auch kleinere Reperitoirestücke) einmal wie beschrieben auf den aktuellen Stand gebracht, so können sie jeder für sich meist völlig verstanden und folglich in fast beliebiger Reihenfolge zusammengewürfelt werden. Erzählungen demgegenüber verfügen über einen komplizierten



Textaufbau und selbst im einfachsten Fall mindestens über einen deutlichen Anfang, eine Mitte und ein sprachlich hervorgehobenes Ende. Die meisten ihrer einzelnen Sätze machen ohne den ganzen Textzusammenhang keinen oder einen nicht gemeinten Sinn. »Tagesschau«-Meldungen hingegen haben zwar einen besonderen Anfang, indem ihr erster Satz als der wichtigste dem Rest der Meldung eine inhaltliche Perspektive gibt. Im übrigen kann man aber in recht beliebiger Auswahl viele Sätze vertauschen und die meisten Sätze ganz weglassen, ohne daß der Zuschauer stutzig werden müßte. Daß die Meldung aufhört, merkt er erst, wenn die nächste begonnen hat.

Hier ein Beispiel vom 31. 10. 1986 (ohne den ersten Satz dieses Filmberichts): *Bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen heute wurden mindestens 80 Studenten und Polizisten verletzt. 8000 Beamte der sogenannten Anti-Aufbruch-Polizei griffen mit Wasserwerfern und Tränengas ein. Mehr als 1400 junge Leute hat die Polizei abgeführt. Die Studenten wehrten sich mit Steinen und Molotowcocktails.* Sinnvolle Meldung? Der Sinn widerspricht jedenfalls nicht dem der tatsächlich gesendeten, der gegenüber unsere Version zuerst den fünften, dann die erste Hälfte des zweiten, dann den sechsten und dritten Satz bringt und den vierten und siebten ganz wegläßt. Man kann die Textstücke auch schadlos in noch anderer Weise mischen, obgleich sich die Originalfassung durch einen überdurchschnittlich komplizierten Textaufbau auszeichnete.

So hat sich in der »Tagesschau« eine charakteristische, ebenso einfache wie effektive Technik der Textproduktion ausgebildet. Mit ihrer Hilfe kann man angesichts einer großen Fülle teils sehr verschiedenartiger Ereignisse in kurzer Zeit einen inhaltsreichen Text verfassen, der, wenn nötig, schnell zu ändern und zu kürzen ist, dem man persönliche Urheberschaft nicht mehr ansieht und der deshalb objektiv erscheint. Routine erzeugt Distanz. Der Zuschauer erlebt sie als Aura von Sachlichkeit und Authentizität. Ist auch die Wirklichkeit eine Welt stets wiederholbarer, nur neu gemischter Stückchen?

Ulrich Schmitz

Der Autor ist Akademischer Rat für Germanistische Linguistik an der Universität – Gesamthochschule Duisburg.

BESCHÖNIGUNGEN

Wir können es täglich in den todesanzeigen unserer zeitungsen lesen: statt vom *sterben* ist vom *entschlafen*, vom *für immer von uns gehen* oder *verlassen* die rede. Wörterbücher belehren uns darüber, daß solche wortgebräuche »verhüllend«, »beschönigend«, »euphemistisch« bzw. ein

»euphemismus« seien. Der ausdruck *euphemismus/euphemistisch* ist im 18. jahrhundert aus dem griechischen εὐφημίζω (»gut/schön-reden«) gebildet worden, um damit eine art des sprachlichen umgangs zu bezeichnen, der vor allem in höfischen und bildungsbürgerlichen salons und zirkeln ge-

pfligt wurde. Seine devise könnte man so formulieren: »sage unangenehmes mit angenehmen wörtern!« oder: »sei rücksichtsvoll in deiner ausdrucksweise!«.

Gegen solch menschenfreundliche devisen für den sprachlichen umgang miteinander läßt sich auf antrieb nichts

einwenden. Versuchen wir deshalb zunächst, genauer zu bestimmen, was es heißt, wenn man sagt, ein bestimmter wortgebrauch sei beschönigend, verhüllend oder euphemistisch. Bleiben wir beim eingangs zitierten beispiel: durch die verwendung des ausdrucks *entschlafen* statt *sterben* wird das schreckliche und endgültige, das für uns der benannte vorgang hat, etwas abgemildert oder verhüllt; der sachverhalt, auf den man sich mit dem ausdrück *entschlafen* bezieht, wird unter einer sichtweise vermittelt, die angenehme assoziationen und gefühle wie ruhe und friedlichkeit weckt.

Zu sagen, die verwendungsweise eines ausdrucks sei verhüllend, beschönigend oder euphemistisch, gründet sich auf zwei voraussetzungen: einmal auf die voraussetzung, daß es aspekte des benannten gegenstands oder sachverhalts gibt, die negativ zu bewerten sind, und zum andern auf die voraussetzung, daß es neben der euphemistischen auch noch andere – nicht euphemistische – bezeichnungsmöglichkeiten gibt.

Die negative bewertung von gegenständen und sachverhalten kann innerhalb einer sprach- und kulturgemeinschaft in unterschiedlicher weise gelten: im beispiefall von *sterben-entschlafen* ist die negative bewertung des bezeichneten vorgangs für die gesamte gemeinschaft gültig. Die negative wertung kann aber auch nur für

ganz bestimmte gruppen von sprechern gelten: ein in der öffentlichen diskussion bekannt gewordenes beispiel für unterschiedliche wertungen und deren auswirkung auf die beurteilung eines sprachgebrauchs als euphemistisch war in den siebziger jahren der streit um die benennung der mitglieder der »Roten-Armee-Fraktion« als Baader-Meinhof-gruppe oder -bande. Für diejenigen sprecher(gruppen), die die benannten personen für kriminelle verbrecher hielten, war die bezeichnung -gruppe euphemistisch, für andere, die diese einstellung nicht teilten, war sie es nicht.

Euphemistisch gebrauchte ausdrücke und ihre alternativen, nicht euphemistischen bezeichnungsmöglichkeiten können innerhalb einer sprache unterschiedlich verteilt sein: im fall von *gruppe-bande* gehören beide einer sprach- und stilschicht an; gleiches gilt für die bezeichnungspaare *kriegverteidigungsfall, vorsorgegesetze-notstandsgesetze* oder *beschäftigungsschwund-arbeitslosigkeit*. Für *entschlafen* notieren die wörterbücher: »gehobene stilschicht«. Häufig wird auch die verwendung fachsprachlicher ausdrücke als euphemistisch beurteilt, z. b. *tarifkorrektur* für *preiserhöhung*, *eigentumsdelinquenz/inventurdifferenz* für *diebstahl* oder *karzinom* für *krebsgeschwulst*. Und schließlich gibt es noch fälle, bei denen es gar keine eindeutigen oder allgemein akzeptierten alternativen zu euphemistischen be-

zeichnungsweisen gibt. Die grundlage der beurteilung liegt hier allein in der generellen möglichkeit einer angemesseneren, d. h. nicht euphemistischen ausdrucksweise. Vorwiegend handelt es sich dabei um einfache oder zusammengesetzte ausdrücke, für die im öffentlichen sprachgebrauch neue verwendungsweisen geprägt werden. Ein paradebeispiel hierfür ist der ausdrück *entsorgungspark*. Kritik an seiner verwendung ist so vielfältig geäußert worden, daß sich hier alle weiteren bemerkungen erübrigen. Vielleicht nur noch dies: ob als folgeerscheinung der massiven sprachgebrauchskritik oder nicht, der ausdrück wird in letzter zeit immer seltener verwendet.

Kehren wir nun zu unseren menschenfreundlichen devisen zurück. Wie sind sie jetzt zu beurteilen, nachdem wir etwas mehr über euphemistische sprachverwendung wissen? Ich meine, jede der beiden devisen muß um einen wichtigen zusatz ergänzt werden. Erstens: »sage unangenehmes mit angenehmen wörtern nur dann, wenn du auch davon ausgehen kannst, daß deine bewertungsgrundlage mit denen deines adressaten übereinstimmen!« Zweitens: »sei rücksichtsvoll in deiner ausdrucksweise, aber bedenke, daß allzu grobe rücksicht, die sich z. b. auch im euphemistischen sprachgebrauch äußert, auf die dauer deine glaubwürdigkeit gefährden kann!«.

Gisela Harras

SPRACHE HAT UNS WAS ZU SAGEN!

Deshalb



SPRACH REPORT

P 20157 F

Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache

Reden Sie mit! Per Abonnement:

SPRACHREPORT erscheint vierteljährlich. Ein Jahresabonnement kostet 12,- DM einschließlich Porto.

Ich abonniere die Zeitschrift SPRACHREPORT ab Heft ___/87. Dieses Abonnement kann ich frühestens nach Ablauf eines Jahres kündigen. Es verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn ich die Kündigung nicht 2 Monate vor Ablauf des Abonnements schriftlich mitteile.

Vor- und Zunahme: _____

Adresse: _____

Datum: _____ 1. Unterschrift: _____

Die Rechnung wird an die oben genannte Adresse zugestellt. Ich kann dieses Abonnement eine Woche nach Erhalt des ersten Heftes schriftlich widerrufen. Ich bestätige durch meine 2. Unterschrift, daß ich mein Widerrufsrecht zur Kenntnis genommen habe.

Datum: _____ 2. Unterschrift: _____

An: Institut für deutsche Sprache, – Sprachreport –, Postfach 5409, 6800 Mannheim 1